

«Politisch habe ich einen etwas grünen Daumen»

Thomas Lamprecht ist seit Juni Vizepräsident der EDU Schweiz

Interview: Reto Hoffmann

Thomas Lamprecht, was hat Sie bewogen, neben ihrem Amt als Zürcher Kantonsrat auch noch das Vizepräsidium der EDU Schweiz zu übernehmen?

Der bisherige Präsident war schon einige Jahre daran, eine Nachfolge zu rekrutieren. Da sich sonst niemand für dieses Amt interessierte, entschied ich, mich zu melden. Ich nahm auch Kontakt auf mit dem jetzigen neuen Präsidenten Daniel Frischknecht, da ich gehört hatte, dass er sich ein Präsidium auch vorstellen könnte.

«Ich nutze jetzt die Chance, neue Inputs in die EDU Schweiz zu tragen.»

Warum wollten Sie nicht gleich selbst Präsident werden?

Daniel Frischknecht und ich gingen seit letztem Herbst gemeinsam einen guten Weg. Es war so eine Art Teambuilding. Wir schauten, wer wo seine Begabungen und Stärken hat. Politisch hat Daniel etwas mehr Erfahrung und ist vielleicht besser geeignet, gegen aussen aufzutreten. So kam es, dass er sich als Präsident bewarb und ich zu seiner Unterstützung als Vize. Er als Präsident vertritt die Partei nach aussen. Ich widme mich den innerparteilichen Aufgaben. Ein Anliegen ist mir der Bereich Wahlen, da ich für die Kantonalpartei in den letzten sieben Jahren den Wahlkampf geleitet hatte und daher entsprechende Erfahrung mitbringe. Darüber hinaus verstehe ich mich als Reformier, bringe gerne Neues ins Spiel. Ich nutze jetzt die Chance, neue Inputs in die EDU Schweiz zu tragen.

Wo braucht es denn Inputs?

Zum Beispiel bei der derzeitigen politischen «grünen Welle». Da müssen wir uns ebenfalls fragen, was diese



Dem neuen Vizepräsident der EDU Thomas Lamprecht sind auch grüne Themen ein Anliegen. (Fotos: Reto Hoffmann)

für unsere Partei bedeutet, auch als Bürgerliche. Wo sollen wir uns einbringen und wo nicht. Da möchte ich einen Anstoss geben. Ich gebe zu, ich habe diesbezüglich einen etwas grünen Daumen.

«Es geht darum, den Menschen und die Umwelt vom Strassenlärm zu schützen.»

Konkret?

Eines der «grünen» Themen ist beispielsweise die Lichtverschmutzung. Die grüne Partei hat zu diesem Thema im Kantonsrat einen Vorstoss eingereicht. Dies finde ich grundsätzlich unterstützungswürdig. Denn es kann nicht sein, dass wir diesbezüglich

bald amerikanische Zustände haben und man auch in unseren Städten, wie in New York, die Sterne am Himmel nicht mehr sieht. Ein weiteres Thema, das mir am Herzen liegt und ich dazu auch ein Postulat eingereicht habe, sind die «Flüsterbeläge». Es geht darum, den Menschen und die Umwelt vom Strassenlärm zu schützen, was mit diesen leisen Strassenbelägen sehr gut erreicht werden könnte. Italien beispielsweise zeigt das bei ihren Autobahnen gut vor.

Mein Postulat war eine Gegenstrategie zu den Grünen, welche den Lärm mit einer Tempo 30 Strategie bekämpfen wollen. Tempo 30 bringt allerdings nur zwei Dezibel Reduktion, wobei ein «Flüsterbelag» sechs Dezibel Verringerung des Lärms ausmacht. Obwohl ich Tempo 30 in Quar-

tieren aus Sicherheitsgründen grundsätzlich sinnvoll finde.

Kommen wir nochmals zurück zu Ihrer Wahl. Gab es da noch andere Kandidaten?

Ja, es gab für das Vizepräsidium noch eine Kandidatur aus dem Welschland. Man zog in Erwägung, diese Person als zweiten Vizepräsidenten vorzuschlagen, damit auch die Romandie besser in unsere Partei eingebunden ist. Doch die Wahl scheiterte an seiner etwas schwierigen Persönlichkeit.

Was kommt in diesem neuen Amt auf Sie zu? Welches werden Ihre Aufgaben sein?

Da sind wir jetzt daran, uns zu organisieren. Wie schon gesagt, meine Aufgabe sehe ich darin, den Präsidenten zu unterstützen. Generell bin ich für die Betreuung der Kantonalparteien zuständig und die Vorbereitung und Leitung der Geschäftsleitungsitzung.

Bei den Themen, welche Sie belegen wollen, haben Sie schon die Lichtverschmutzung und die «Flüsterbeläge» genannt. Gibt es noch weitere Schwerpunkte?

Wichtig wäre mir auch die politische Diskussion über neue Themen auf nationaler Ebene anzustossen und diese nicht einfach den Kantonalparteien zu überlassen. Es geht darum, einen gemeinsamen Nenner zu gewissen Themen zu finden.

Die EDU orientiert sich an den christlichen Grundwerten. Was verstehen Sie darunter?

Wir sind grundsätzlich für Menschen da, für die die christliche Kultur wichtig ist. Daher wollen wir bewahren, was sich bewährt hat. Nehmen Sie das Beispiel Ehe für alle. Für uns ist die Ehe eine Verbindung zwischen Mann und Frau. So ist es von der Natur und der Schöpfung angedacht und an dem wollen wir festhalten.

Deshalb hat Ihre Partei bei der nächsten Voksabstimmung auch die Nein-Parole zur steuerlichen Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten und zum indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative für einen Vaterschaftsurlaub die Nein-Parole beschlossen?

Wir sind für ein Familienmodell, welches die Kinder mehrheitlich zu Hause betreut. Egal, ob es die Mutter oder der Vater ist. Es können auch die Grosseltern sein. Das fördert die Bindung über zwei Generationen. Effektiv unterstützt diese Vorlage die Berufstätigkeit auf Kosten der familiären Begleitung der Kinder. Von diesem Ausbau würden vor allem Doppelverdiener profitieren, also wenn Vater und Mutter arbeiten, insbesondere wenn sie viel arbeiten. Je mehr Vater und Mutter arbeiten, desto mehr benötigen sie für die Kinder eine Fremdbetreuung. Finanzieren werden wir es dann alle. Benachteiligt würden Familien, welche ihre Kinder selber betreuen. Der Vaterschaftsurlaub regelt die Gestaltung des Familienlebens nicht. Denn entscheidend ist wie präsent ein Vater während der nächsten 18 Jahre im Alltag ist. Grundsätzlich hat jeder Vater mindestens vier Wochen Ferien pro Jahr zugute. Diese kann er für die Zeit nach der Geburt einsetzen.

«Wir sind für ein Familienmodell, welches die Kinder mehrheitlich zu Hause betreut.»

Derzeit sitzt lediglich ein EDU-Vertreter im Nationalrat. Ist er dabei nicht auf verlorenem Posten in Bern?

Ja, das kann man wohl sagen. Einer von 240 Parlamentariern, das ist nicht gerade viel, doch wir sind mit unserer Partei immerhin im nationalen Parlament vertreten. Das ist deshalb wichtig, weil man so auf nationaler Ebene eher wahrgenommen und gehört wird. Denn als Kleinpartei ist das natürlich unser Handicap, dass wir in der öffentlichen Wahrnehmung nicht so



Thomas Lamprecht:
«Wichtig wäre mir auch die politische Diskussion über neue Themen auch auf nationaler Ebene anzustossen und diese nicht einfach den Kantonalparteien zu überlassen.»

präsent sind, weil wir auch nicht so oft in den Medien sind, wie andere grosse Parteien.

Wie ist die EDU heute grundsätzlich aufgestellt?

Leider finden die christlichen Werte, welche wir vertreten immer weniger Anhänger. Wobei man in der Corona Krise schon gemerkt hat, dass sich die Leute eher wieder auf die traditionellen Werte besinnen. Man kauft wieder regional ein, beim Bauern im Hofladen, statt im Grossverteiler. Grundsätzlich leben wir in einer säkularisierten Gesellschaft und auch die traditionelle Familie wird immer mehr aufgeweicht.

Ist denn das Parteiprogramm der EDU überhaupt noch zeitgemäss?

Nein, wir sind in diesem Sinne nicht zeitgemäss, wir schwimmen eher gegen den Strom. Doch wie man sagt, nur tote Fische schwimmen mit dem Strom. Die Trends in der Gesellschaft sind oft sehr manipulativ, da wollen wir nicht mitziehen. Die traditionelle Ehe mit Familie und Kindern sind für uns wichtig und daran wollen wir

festhalten. Wir sind hier, um die Fahne der Tradition hochzuhalten.

«Die traditionelle Ehe mit Familie und Kindern sind für uns wichtig.»

Sie sind seit zweieinhalb Jahren im Kantonsrat. Gefällt Ihnen die Politarbeit noch?

Die Situation seit den letzten Wahlen ist schwieriger geworden. Früher gab es im Kantonsrat eine klare bürgerliche Mehrheit, jetzt sind wir unterlegen. Auch wenn EDU, SVP, FDP und CVP zusammenspannen, schaffen wir immer noch keine Mehrheit. Das macht es fast unmöglich, bürgerliche Themen durchzubringen. Wir sind von der grünen und linken Welle richtiggehend überrollt worden.

Mit welchen politischen Themen konnten Sie sich bisher konkret einbringen im Rat?

Neben dem Postulat zum Flüsterbelag habe ich im vergangenen Herbst einen parlamentarischen Vorstoss im Zusammenhang mit dem geplanten

Bau des Brüttener Tunnels vorbereitet. Es geht dabei um die geplante Umfahrungsstrasse (Verlegung der Baltenswilerstrasse), die wegen des Brüttener Tunnels neu entsteht. Meiner Ansicht nach sollte diese bis nach Kloten weitergezogen werden (Verbindungsstrasse). Dies setzt allerdings voraus, dass das ehemalige Trasse der K2 wieder in den kantonalen Richtplan aufgenommen wird. Dieses wurde 2015 gestrichen, da man kein Bedürfnis mehr gesehen hat. Seitens AFV (Amt für Verkehr) und ARE (Amt für Raumentwicklung) ist vorgesehen, mindestens die Verlegung der Baltenswilerstrasse in die Richtplanrevision 2020 aufzunehmen. Und ob allenfalls einen Richtplaneintrag auch für diese Verbindungsstrasse – mit unterschiedlichen Realisierungshorizonten – von diesen Ämtern vorgeschlagen wird, bleibt abzuwarten. Daher schlägt Regierungsrätin Carmen Walker-Späh vor, diesen Entscheid abzuwarten, bevor ich im Kantonsrat aktiv werde. Nun, bei der SVP-Fraktion ist dieses Postulat bereits ohnehin gutgeheissen worden. Bei der FDP klemmt es noch...

Die Coronakrise hat unser Leben stark verändert. Wie haben Sie diese bisher erlebt, privat, politisch und geschäftlich?

Privat hatte ich plötzlich viel mehr Zeit. Ich war fast jeden Abend zu Hause, da die Sitzungen während des Lockdowns ja alle ausgefallen sind. Ich habe in dieser Zeit mit meiner Frau die Spielkultur entdeckt. Wir verbrachten die Abende häufig mit dem Spiel Luxor, gingen spazieren und Velofahren. Was ich sehr schätzen gelernt habe, war die Ruhe, denn es hatte viel weniger Verkehr auf der Hauptstrasse vor meinem Haus und auch keine Flugzeuge waren zu hören. Was die politische Arbeit betraf, hat der Kantonsrat den Sitzungsbetrieb relativ rasch wieder aufgenommen. Virtuelle Sitzungen waren aus Vertraulichkeitsgründen nicht erlaubt. Am wenigsten Änderungen gab und gibt es eigentlich in meinem Geschäft. ■